

Ortsvorsteher-Gedanken über unsere Demokratie

Von Winfried Sträter (Groß Glienicke)

Dieser Text ist kein Bericht, kein Ortsvorsteherbericht im eigentlichen Sinne des Wortes. Es sind Gedanken, die mich als Ortsvorsteher bewegen, seitdem der Vorfall in der Villa Adlon im Januar bekannt geworden ist: die Beratung, was eine rechte Regierung zu tun gedenke, wenn sie an die Macht käme. Massenhafte Deportationen („Remigration“) von Menschen, die nicht als Deutsche definiert werden.

Wenn wir von Groß Glienicke zum Potsdamer Rathaus fahren, liegt die Adlon-Villa Wegesrand. Was dort im Beisein von AfD-Politikern an rechtsextremem und menschenverachtendem Gedankengut zur Sprache kam, hat Extremismusforscher nicht überrascht. Aber es ist so, als ob die Öffentlichkeit gewissermaßen durch einen Türspalt mal etwas davon mitbekommen hat, was sonst mutmaßlich bei Zusammenkünften dieser Art nichtöffentlich besprochen und geplant wird. Geplant für den Fall eines Machtwechsels in den Bundesländern und in Berlin.

Die demokratische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland ist aufgeschreckt, denn in Zeiten hoher Umfragewerte für die AfD wird plötzlich erkennbar, was eine Machtübernahme durch jene Kräfte bedeuten würde, die der demokratischen Ordnung den Kampf angesagt haben. Es erinnert an die finstersten Zeiten in der deutschen Geschichte.

1924 - 2024: ein Vergleich

In meinem Ortsvorsteher Bericht im Januar ist mir in der ersten Überschrift ein Fehler unterlaufen: „Auf ein Neues - ins Wahljahr 1924“ hatte ich getitelt und natürlich 2024 gemeint. Aber der Blick zurück ist interessant: vor 100 Jahren hatte Deutschland gerade eine grauenhafte Inflation hinter sich, Putschversuche, politische Morde und Besatzungstruppen im Land, im Rhein-Ruhr-Gebiet. Die politische Lage war äußerst instabil. In dieser Situation wurde 1924 der Reichstag neu gewählt. Die NSDAP war damals verboten, daher traten die Rechtsextremisten als „Deutschvölkische Freiheitspartei“ an – und die erhielt 6,5% der Stimmen. 1928 kam die NSDAP auf ganze 2,6%. Erst die Existenznot der Weltwirtschaftskrise ab 1930 verschaffte Hitlers Nationalsozialisten jenen Aufschwung, der sie an die Macht brachte.

Heute fragen sich viele ungläubig: wir haben zwar Krisen und große ungelöste Probleme, aber wir sind Lichtjahre von den existenziellen Nöten der Weimarer Republik entfernt. Wie ist es möglich, dass die rechtspopulistische und rechtsextremistische Welle, den Umfragen zufolge, derart stark ist? Ist unsere Demokratie gar nicht so gefestigt, wie wir das immer geglaubt haben? Oder hat sich ein Überdruß breit gemacht und eine wachsende Zahl genervter Bürgerinnen und Bürger will mal was ganz anderes als den demokratischen Alltag, den wir kennen?

Die Perspektive am unteren Ende der Demokratie

Meine Perspektive als Ortsvorsteher im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke ist die eines demokratisch Engagierten auf der untersten Ebene unseres politischen Gemeinwesens. Ein Ortsbeirat hat kaum Entscheidungsrechte. Er vertritt mit dem Gewicht des demokratisch gewählten Gremiums die Interessen des eigenen Ortsteils gegenüber der Stadt, dem Stadtparlament und der Verwaltung. Das ist mühsame Interessenvertretung und Kleinarbeit. Erfolge erzielt man nicht im Handumdrehen, sondern nur durch beharrliche Arbeit. Und doch spüre ich in diesem Alltag am unteren Ende der parlamentarischen Demokratie, welche Rechte und Möglichkeiten wir haben.

Als wir 2003 Ortsteil von Potsdam wurden, stapften die Menschen in den meisten Straßen durch Kraterlandschaften. Wenn es kräftig regnete, wurden Keller geflutet, und man konnte sich die Stiefel anziehen, wenn man das Haus verließ. Wir haben dann die Rechte und Möglichkeiten genutzt, die wir als Ortsbeirat

hatten, und haben es im Laufe der Jahre geschafft, dass die Straßen ausgebaut oder befestigt wurden. Die spürbaren Fortschritte in unserem Ort haben wir auf der Grundlage von Rechten erzielt, die uns die Landesverfassung garantiert. Und mit viel Engagement und der Unterstützung von Politikern und Parteien im Stadtparlament. Genauso setzen wir uns dafür ein, dass der Uferweg am Groß Glienicker See wieder durchgehend öffentlich wird und dass die Probleme mit der B 2 und der Anbindung der Waldsiedlung gelöst werden. Wie gesagt: mühsame Kleinarbeit, bei der ein langer Atem nötig ist. Aber wir haben eine Rechtsgrundlage, auf der wir uns um Verbesserungen in unserem Ortsteil kümmern können. Auf dieser Grundlage arbeiten wir. Mit all seinen Diskussionen und Beschlüssen, auch mit seinen manchmal unerquicklichen Auseinandersetzungen, ist unser Ortsbeirat ein wichtiges Organ der Demokratie auf lokaler Ebene.



Konstituierende Sitzung des Ortsbeirates 2019

Parteienstaat auflösen?

Wenn ich jetzt lese, dass ein AfD-Politiker den Parteienstaat abschaffen will, denke ich: dann bekämen wir also den Volksstaat oder Führerstaat oder irgendeine Art von völkischem Einheitsstaat - und wir wären rechtlos. Wir wären von der Gnade höherer Instanzen abhängig, wenn wir etwas für unser Gemeinwesen bewirken wollen. Selbst auf der untersten Ebene der parlamentarischen Demokratie ist für mich klar: es steht etwas auf dem Spiel, wenn unsere Demokratie in Gefahr ist.

Ob es um die Ortsentwicklung geht, um einen verlässlichen Rahmen für die Förderung des Vereinslebens, um den freien Gedanken- und Meinungsaustausch, um das interkulturelle Lernen im Alexander-Haus, um die Arbeit im Begegnungshaus, um einen menschenfreundlichen Umgang mit den Flüchtlingen, die bei uns untergekommen sind: wir haben etwas zu verlieren, wenn wir unsere Freiheit einbüßen und wieder obrigkeitstaatliche Verhältnisse herrschen würden.

Der Alptraum einer gnadenlosen Gesellschaft

Im Tagesspiegel schrieb Chefredakteur Lorenz Maroldt am 5. Februar: „Kommt die AfD an die Macht, bedeutet das eine rechtsextremistische Republik – und eine gnadenlose Gesellschaft, die ihre Gegner vernichten will.“ Das wäre ein Alptraum nach all den Erfahrungen, die wir in Deutschland mit diktatorischen Regimen im 20. Jahrhundert gemacht haben. Deshalb stehen wir auch in Groß Glienicke vor der Frage: Was können wir tun, um unsere freiheitliche Demokratie zu stärken?

Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke